



**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)**

Frau Brecher

Telefon: (0221) 221 98313

Fax: (0221) 221 98347

E-Mail: corinna.brecher@stadt-koeln.de

Datum: 25.05.2022

Beschlussprotokoll

über die **12. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 19.05.2022, 17:00 Uhr bis 19:40 Uhr,

- 1 Einwohnerfragestunde**
- 2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Annahme von Schenkungen**

7 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)

**7.1 Stadtverwaltung statt Stadtverwaltung – hier Bezirk Kalk/ Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die LINKE., Bezirksvertreterin Dickas (Die PARTEI))
AN/0663/2022**

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die LINKE. und der Bezirksvertreterin Dickas (Die PARTEI) abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. für alle Stadtteile des Stadtbezirks Orte zu identifizieren, die geeignet sind, um einen urbanen Urwald (Tiny Forest) nach einem ähnlichen Konzept wie in Ehrenfeld Hadersleber Straße (DS 1719/2021) anzupflanzen. Hierbei sind insbesondere bisher versiegelte Flächen, die weder genutzt noch bereits beplant sind, zu betrachten.
2. die Ergebnisse der Bezirksvertretung wie auch den in der Umweltbildung tätigen Vereinen, Initiativen, Schulen, Kitas oder Nachbarschaften und Bürgervereinen mit dem Hinweis auf kommunale Förderprogramme zur Umweltbildung, der Stadtverschönerung und der Bezirksorientierung mitzuteilen.
3. Initiativen so zu unterstützen, dass die Urbanen Urwälder so niedrigschwellig und partizipativ wie möglich angepflanzt und unterhalten werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion, bei Enthaltung der SPD-Fraktion und Bezirksvertreter Winkler (AFD) **zugestimmt.**

**7.2 Verkehrsberuhigung auf der Kurze Straße in Köln-Kalk/ Antrag der SPD-Fraktion
AN/0668/2022**

Es werden Teile des Antrages von der SPD-Fraktion in der Sitzung zurückgezogen.

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den mündlich geänderten Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten:

1. Nach Abschluss der derzeitigen Bauarbeiten über eine Messanlage mit Signalcharakter (Smiley-Messanlage) die Verkehrsdichte und gefahrene Geschwindigkeiten an der Kurze Straße in Köln-Kalk zu ermitteln,
- ~~2. Maßnahmen zu einer Senkung der Verkehrsdichte und Geschwindigkeit im Bereich der Kita an der Kurze Straße in Köln-Kalk zu ergreifen und~~
3. Maßnahmen zur Sicherung der Nutzenden des Bürgersteigs auf Höhe der Kindertagesstätte, z.B. mit dem Wiederaufstellen des Drängelgitters, zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

7.3 Unterstützung der Sportvereine bei der Verlegung der Sportplätze/ Antrag der CDU-Fraktion AN/0677/2022

Änderungsantrag der SPD_Fraktion:

1. Die Bezirksvertretung Kalk bedauert, dass der Stadtentwicklungsausschuss keinen Beschluss über die Vorlage 3646/2020 gefasst hat und die Verwaltung diese inzwischen zurückgezogen hat.
2. Die Bezirksvertretung Kalk bekräftigt ihren Beschluss vom 7.10.2021 unter TOP 8.2.6 mit den Zielen einer vorrangigen und zügigen Verlagerung der örtlichen Sportplätze und Neubau am westlichen Rand von Rath/Heumar, der perspektivischen Ausweisung eines Schulstandortes westlich sowie einer moderaten Wohnbauentwicklung am nordwestlichen Ortsrand von Rath/Heumar unter angemessener Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutzaspekten. Die Bezirksvertretung fordert Rat, Stadtentwicklungsausschuss und Verwaltung auf, alsbald ein im Rahmen der Bauleitplanung umsetzungsfähiges Konzept zu entwickeln, welches zunächst unter Abschichtung der Komplexität aller planerischer Belange mit dem Zielhorizont 2026 eine konkrete Lösung für die Sportvereine bietet und das Planrecht für weitere Entwicklungsschritte zu schaffen.
3. Die Verwaltung wird ergänzend beauftragt wohlwollend zu prüfen, welche Unterstützungsleistungen in planerischer und / oder finanzieller Hinsicht die Stadtverwaltung aufbringen kann, um die Rath/Heumarer Sportvereine bei der Errichtung von neuen alternativen Sportplätzen zu unterstützen.
4. Die Verwaltung wird ferner gebeten zu prüfen, ob Mittel aus der Sportförderung des Landes für eine weitergehende Unterstützung eingeworben werden können. Die betroffenen Fußball- und Tennisvereine sind über etwaige Möglichkeiten zu unterrichten und bei der Beantragung zu unterstützen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt die BV Kalk ab sofort regelmäßig mindestens 1x halbjährlich über den Fortschritt bei der Schaffung von Baurecht am Rather See sowie den Stand der möglichen Förderungsmöglichkeiten zu unterrichten.

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den mündlichen Änderungsantrag der Bezirksvertreterin Dickas (Die PARTEI) abstimmen:

am 19.05.2022

Aus Punkt 2 des Änderungsantrags der SPD-Fraktion soll im ersten Absatz bis zum Wort Klimaschutzaspekten alles gestrichen werden.

Beschluss zu 2:

~~Die Bezirksvertretung Kalk bekräftigt ihren Beschluss vom 7.10.2021 unter TOP 8.2.6 mit den Zielen einer vorrangigen und zügigen Verlagerung der örtlichen Sportplätze und Neubau am westlichen Rand von Rath/Heumar, der perspektivischen Ausweisung eines Schulstandortes westlich sowie einer moderaten Wohnbauentwicklung am nordwestlichen Ortsrand von Rath/Heumar unter angemessener Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutzaspekten. Die Bezirksvertretung fordert Rat, Stadtentwicklungsausschuss und Verwaltung auf, alsbald ein im Rahmen der Bauleitplanung umsetzungsfähiges Konzept zu entwickeln, welches zunächst unter Abschichtung der Komplexität aller planerischer Belange mit dem Zielhorizont 2026 eine konkrete Lösung für die Sportvereine bietet und das Planrecht für weitere Entwicklungsschritte zu schaffen.~~

Abstimmung:

Mehrheitlich gegen Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.), bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Bezirksvertreterin Dickas (Die PARTEI) **abgelehnt.**

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt nun über die einzelnen Punkte des Änderungs-Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss zu 1:

1. Die Bezirksvertretung Kalk bedauert, dass der Stadtentwicklungsausschuss keinen Beschluss über die Vorlage 3646/2020 gefasst hat und die Verwaltung diese inzwischen zurückgezogen hat.

Abstimmergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

Beschluss zu 2:

2. Die Bezirksvertretung Kalk bekräftigt ihren Beschluss vom 7.10.2021 unter TOP 8.2.6 mit den Zielen einer vorrangigen und zügigen Verlagerung der örtlichen Sportplätze und Neubau am westlichen Rand von Rath/Heumar, der perspektivischen Ausweisung eines Schulstandortes westlich sowie einer moderaten Wohnbauentwicklung am nordwestlichen Ortsrand von Rath/Heumar unter angemessener Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutzaspekten. Die Bezirksvertretung fordert Rat, Stadtentwicklungsausschuss und Verwaltung auf, alsbald ein im Rahmen der Bauleitplanung umsetzungsfähiges Konzept zu entwickeln, welches zunächst unter Abschichtung der Komplexität aller planerischer Belange mit dem Zielhorizont 2026 eine konkrete Lösung für die Sportvereine bietet und das Planrecht für weitere Entwicklungsschritte zu schaffen.

Abstimmergebnis:

Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) **zugestimmt.**

Beschluss zu 3:

3. Die Verwaltung wird ergänzend beauftragt wohlwollend zu prüfen, welche Unterstützungsleistungen in planerischer und / oder finanzieller Hinsicht die Stadtverwaltung aufbringen kann, um die Rath/Heumarer Sportvereine bei der Errichtung von neuen alternativen Sportplätzen zu unterstützen.

Abstimmergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

Beschluss zu 4:

4. Die Verwaltung wird ferner gebeten zu prüfen, ob Mittel aus der Sportförderung des Landes für eine weitergehende Unterstützung eingeworben werden können. Die betroffenen Fußball- und Tennisvereine sind über etwaige Möglichkeiten zu unterrichten und bei der Beantragung zu unterstützen.

Abstimmergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

Beschluss zu 5:

5. Die Verwaltung wird beauftragt die BV Kalk ab sofort regelmäßig mindestens 1x halbjährlich über den Fortschritt bei der Schaffung von Baurecht am Rather See sowie den Stand der möglichen Förderungsmöglichkeiten zu unterrichten.

Abstimmergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt anschließend über den Gesamt-Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Bezirksvertreterin Gallerach (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Bezirksvertreterin Erkmen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Bezirksvertreter Grundmeier (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Bezirksvertreter Bozkurt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) bei Enthaltung der Bezirksvertreterin Grube (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) **zugestimmt.**

**7.4 Parkende LKW am Rather Kirchweg/ Antrag der CDU-Fraktion
AN/0981/2022**

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten:

1. Maßnahmen zu ergreifen, damit LKW, die im Bereich Rather Kirchweg zwischen Neubrücker Ring und dem Pohlstadtsweg parken durch Wendemanöver das Begleitgrün hier und in Höhe Pohlstadtsweg / Astrid-Lindgren-Allee nicht zerstören können.
2. zu prüfen ob es für die LKW, für die aufgrund überlasteter Autobahnparkplätze hierher ausweichen, zumindest für die Wochenenden ein Alternative, vorzugsweise im Bereich Rösrather Str. / Pauline-Christmann Str. in der Nähe der Tankstelle, zur Verfügung gestellt werden kann.
- 3.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) bei Enthaltung der Bezirksvertreterin Dickas (Die PARTEI) **zugestimmt.**

**7.5 Neuordnung des Verkehrs am Höhenberger Sportpark/ Antrag der SPD-Fraktion
AN/0969/2022**

Die Behandlung des Antrages ist zu Beginn der Sitzung zurückgestellt worden.

**7.6 Befestigung von Trampelpfad zwischen Eiskaulenweg und Oberer Bruchweg/ Antrag der CDU-Fraktion
AN/0982/2022**

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den in der Sitzung mündlich geänderten Antrag des Bezirksvertreter Robyns (SPD-Fraktion) abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten prüfen, ob der Trampelpfad zwischen Eiskaulenweg (ab der Stelle in Höhe der Verlängerung Marion-Dönhoff-Weg) am Feldrand entlang bis Oberer Bruchweg als Fußweg (**keine Versiegelung, sondern wassergebundene Wegedecke**) befestigt werden kann, damit dieser Trampelpfad nicht immer breiter ausgetreten wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

7.7 Sicherung Querung Brücker Mauspfad Höhe Kleinfeldchensweg/ Antrag der CDU-Fraktion AN/0983/2022

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den in der Sitzung mündlich vorgebrachten Änderungsantrag der SÜD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten prüfen, ob an der Stelle der derzeitigen Querungshilfe auf dem Brücker Mauspfad in Höhe Kleinfeldchensweg ein Zebrastreifen und / oder eine Warnblinkanlage oder andere geeigneten Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden können, um die gefährliche Situation insbesondere für Schulkinder, die morgens den Bus 154 erreichen wollen zu entschärfen.

Bezirksvertreterin Moorbach (SPD-Fraktion) bittet darum, dass das Tempo auf 30km/h gesenkt wird und es sollte ein Fahrradschutzstreifen installiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

Bezirksvertreter Winkler (AFD) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

7.8 Rückbau der Garagen aus dem Eigentum der DB an der Germaniastraße in Köln-Höhenberg/ Antrag der SPD-Fraktion AN/0970/2022

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion und Fraktion die LINKE. abstimmen:

Beschluss:

1. Die Verwaltung nimmt unverzüglich Gespräche mit der Deutschen Bahn auf, mit dem Ziel,

- a. dass die Garagen der Deutschen Bahn auf der Germaniastraße in Köln-Höhenberg endgültig entfernt werden;
 - b. dass mögliche gesundheitliche Gefährdungen für Anwohnerschaft und Grundwasser abzuwenden;
 - c. und dass der Bereich im Anschluss adäquat hergerichtet wird, z.B. als Parkmöglichkeit für Anwohnende in Verbindung mit Grünflächen.
2. Die Verwaltung nimmt notfalls aufgrund der hohen Schadstoffbelastung eine Ersatzvornahme der Garagen vor und baut diese zu Lasten der Deutschen Bahn zurück.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

Bezirksvertreter Müller (CDU-Fraktion) war bei der Abstimmung nicht anwesend.

7.9 Fahrradschutzstreifen auf der gesamten Kalker Hauptstraße/ Antrag der CDU-Fraktion AN/0984/2022

Gemeinsamer Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag zu TOP 7.9 vom 19.05.2022 in der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk am 19.05.2022 "Fahrradschutzstreifen auf der gesamten Kalker Hauptstraße"/ Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion Die LINKE. in der Bezirksvertretung Kalk AN/1073/2022

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über nachfolgenden gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion und Fraktion Die LINKE. abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt auf dem Teilstück der Kalker Hauptstraße, Walter-Pauli-Ring bis Grünebergstraße - stadtauswärts,

1. Unverzüglich die in diesem Bereich auf dem Bürgersteig parkenden Autos Mittels ordnungsrechtlichen Maßnahmen vom weiteren Abstellen der Autos auf dem Bürgersteig abzuhalten.
2. Schnellstmöglich der Bezirksvertretung ein Konzept zur Umsetzung von zielführenden baulichen Maßnahmen (Baumpflanzungen, Pollern...) zur Verhinderung des Beparkens des Bürgersteiges zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

7.10 Untragbare Zustände an der Kalker Kapelle/ Antrag der CDU-Fraktion AN/0985/2022

Verbesserung der Situation an Kalk Kapelle/ Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 17.05.2022 AN/1057/2022

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk bittet

1. das Ordnungsamt die Präsenz am Platz vor den Marien Arkaden in Köln-Kalk gerade in den Abendstunden zu erhöhen;
2. das Ordnungsamt in seinen Rahmen Informationen an andere Stellen bei der Verwaltung zur Verbesserung der Situation vor Ort weiterzugeben;
3. die Streetworker*innen bei Auffälligkeiten aufsuchende Hilfe zu leisten;

am 19.05.2022

4. die Streetworker*innen bei möglichen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz von Nutzenden des Platzes auf die Möglichkeit der Substitution und die entsprechenden Stellen hinzuweisen;
5. die Stadt Köln mehr Streetworker*innen gerade in den Sozialräumen einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.11 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Die LINKE. in der Bezirksvertretung zur Sitzung am 19.05.2022/ Vergabe der Trägerschaft Gräfenhof an die Brücker Bürgergemeinschaft e.V. in Bezug zu TOP 10.2.7 1708/2022

Die Bezirksvertretung Kalk genehmigt die nachfolgende DE vom 19.05.2022 inklusive dem mündlich beantragten Zusatz durch Bezirksvertreterin Grube (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk bittet den Liegenschaftsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Die Liegenschaft des ehem. städtischen Kindergartens "Am Gräfenhof" in Köln-Brück wird zur Nutzung als eine gemeinwohlorientierte Begegnungsstätte direkt an die Brücker Brücker Bürgergemeinschaft vergeben.

Zusatz „das Gelände verbleibt im städtischen Eigentum“!

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Verwaltungsvorlagen

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**8.1.1 Baubeschluss zur Herstellung eines gemeinsamen Geh- und Radweges als Verbindungsweg zwischen der Thessaloniki-Allee und der Vietorstraße
1143/2022**

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den geänderten Beschluss abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, den gemäß Bebauungsplan Nr. 69450/08 festgesetzten Verbindungsweg als gemeinsamen Geh- und Radweg zwischen der Thessaloniki-Allee und der Vietorstraße mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 147.000 € (davon rd. 70.500 € konsumtiv) baulich umzusetzen.

am 19.05.2022

Die Bezirksvertretung Kalk bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Markierung zur Trennung der Bereiche (Fußgänger und Radfahrer) geplant ist, und ob Zebrastreifen an der Grundschule Vietorstraße und der im Bau befindlichen Schule Thessaloniki in Planung sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.1.2 Straßenbaumkonzept Kalk
0762/2022**

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt über den mündlich geänderten Beschluss abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk nimmt das Straßenbaumkonzept zur Anpflanzung neuer Straßenbäume zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, für die in der Anlage 1-9 dargestellten Straßen, Ausführungspläne zu erstellen und der Bezirksvertretung zum Beschluss vorzulegen. Im Vorfeld wird eine Parkraumbilanz für diese Straßen erstellt.

Die Bezirksvertretung Kalk bittet um Prüfung, das vorstehende Straßenbaumkonzept soll dem Konzept der essbaren Stadt entsprechen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Ablehnung der Bezirksvertreterin Topp-Burghardt (CDU-Fraktion) und bei Enthaltung des Bezirksvertreter Müller (CDU-Fraktion), Bezirksvertreter Fürstenberg (CDU-Fraktion), Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) und Bezirksvertreter Winkler (AFD) zugestimmt.

**8.1.3 Entwurf der Fortschreibung des Straßenreinigungsverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung hier: Ausübung des Anhörungsrechtes gemäß § 19 (4) der Hauptsatzung
1504/2022**

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln und dem Rat, die Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.2.1 Parkgebührenregelung an E-Ladesäulen 0754/2022

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Umrüstung von ca. 200 Parkscheinautomaten mit einer speziellen Anforderungstaste, um Elektrofahrzeugen und Fahrzeugen mit Hybridmotoren an Ladesäulen im öffentlichen Straßenland die Möglichkeit zu eröffnen, während des Ladevorganges eine Stunde gebührenfrei zu parken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

8.2.2 Regionalplanneuaufstellung, hier: Stellungnahme der Stadt Köln zum Regionalplanentwurf Köln 1159/2022

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Variante 1

Der Rat

1. beschließt die Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Köln (Stand Dezember 2021) gem. Anlage 1,
2. nimmt die Resultate der Umweltprüfung als Abwägungsbelang über eine Ausweisung von Siedlungsflächen (ASB und GIB) zur Kenntnis (Anlage 2) und
3. beauftragt die Verwaltung, die Stellungnahme gem. Ziff. 1 der Regionalplanungsbehörde zu übermitteln und das Verfahren der Überarbeitung des Regionalplans zur Wahrnehmung der Interessen der Stadt Köln weiterhin eng zu begleiten.

Variante 2

Der Rat

1. beschließt die Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Köln (Stand Dezember 2021) gem. Anlage 1 mit der Maßgabe, dass die Flächen 3-306-001B, 3-308-002, 7-713-007, 7-713-008B, 7-713-009 und 8-807-005 als Siedlungsflächen (ASB/GIB) ablehnt werden. Die Stellungnahme ist entsprechend zu ändern.
2. nimmt die Resultate der Umweltprüfung als Abwägungsbelang über eine Ausweisung von Siedlungsflächen (ASB und GIB) zur Kenntnis (Anlage 2) und
3. beauftragt die Verwaltung, die Stellungnahme gem. Ziff. 1 der Regionalplanungsbehörde zu übermitteln und das Verfahren der Überarbeitung des Regionalplans zur Wahrnehmung der Interessen der Stadt Köln weiterhin eng zu begleiten.

am 19.05.2022

**Bekräftigung der gefassten BV-Beschlüsse zum Regionalplan
Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE. zur Regionalplanneuaufstel-
lung, hier: Stellungnahme der Stadt Köln zum Regionalplanentwurf Köln
AN/1072/2022**

**Bekräftigung der gefassten BV-Beschlüsse zum Regionalplan
Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE. zur Regionalplanneuaufstel-
lung, hier: Stellungnahme der Stadt Köln zum Regionalplanentwurf Köln
AN/1072/2022**

Beschluss:

1. Variante 2 kommt zur Abstimmung
2. Die in Variante 2 genannten Flächen, welche als Siedlungsflächen (ASB/GIB) ablehnt werden, werden um die folgenden Flächen ergänzt:
 - a. 8-807-005
 - b. 8-808-006 (nördlich der Rösrather Straße)
 - c. 8-809-010so dass der neue 1. Absatz des Beschlusstextes in Variante 2 wie folgt heißt
 - a. **beschließt die Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Köln (Stand Dezember 2021) gem. Anlage 1 mit der Maßgabe, dass die Flächen 3-306-001B, 3-308-002, 7-713-007, 7-713-008B, 7-713-009, 8-807-004, 8-807-005, 8-808-006 (nördlich der Rösrather Straße) und 8-809-010 als Siedlungsflächen (ASB/GIB) ablehnt werden. Die Stellungnahme ist entsprechend zu ändern.**

Frau Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt zunächst über Variante 2 der Beschlussvorlage geändert gem. des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke. sowie weiteren mündlich beantragten Änderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch flächenbezogene Einzelabstimmung abstimmen.

Beschluss der BV 8 zum Vorschlag der Verwaltung zu den einzelnen Flächen:

Fläche V- 8-806-001

Einstimmig **zugestimmt**

Fläche V-8-806-002

Einstimmig **zugestimmt.**

Fläche V-8-808-003

Einstimmig **zugestimmt**

Fläche V-8-809-001

Einstimmig **zugestimmt**

Fläche V-8-8XX

Einstimmig **zugestimmt**

Beschluss zu 8-805-001:

Einstimmig **zugestimmt.**

am 19.05.2022

Beschluss zu 8-805-002:

Mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) **zugestimmt.**

Beschluss zu 8-807-003:

Einstimmig **zugestimmt. (Übernahme des städtischen Vorschlags)**

Beschluss zu 8-807-004:

Mehrheitlich gegen die SPD-Fraktion **abgelehnt!**

Beschluss zu 8-807-005:

Mehrheitlich gegen die SPD-Fraktion **abgelehnt!**

Beschluss zu 8-807-B02:

Mehrheitlich gegen Bezirksvertreter Winkler (AFD) **zugestimmt.**

Beschluss zu 8-808-006:

Mehrheitlich gegen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksvertreterin Topp-Burkhardt, Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) und Bezirksvertreterin Dickas (Die PARTEI) bei Zustimmung der SPD-Fraktion, Bezirksvertreter Fürstenberg (CDU-Fraktion), Bezirksvertreter Müller (CDU-Fraktion) und Bezirksvertreter Winkler (AFD) **abgelehnt. (gegen den Vorschlag der Verwaltung).**

Beschluss zu 8-808-B06

Mehrheitlich bei Enthaltung SPD-Fraktion **zugestimmt. (Übernahme des städtischen Vorschlags)**

Beschluss zu 8-809-010:

Mehrheitlich bei Zustimmung der SPD-Fraktion **abgelehnt.**

Beschluss 8-807-086:

Mehrheitlich bei Zustimmung SPD-Fraktion, Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) und Bezirksvertreterin Dickas (Die PARTEI) **abgelehnt.**

Bezirksvertreter Bozkurt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss 8-807-087:

Mehrheitlich bei Zustimmung SPD-Fraktion und Bezirksvertreterin Dickas (Die PARTEI) **abgelehnt.**

Bezirksvertreter Bozkurt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss 8-808-088:

Einstimmig **zugestimmt.**

Bezirksvertreter Bozkurt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss KGV003 die Stellungnahme ist um die Voraussetzung einer Umwelt- und Verkehrsprüfung zu ergänzen:

Einstimmig **zugestimmt.**

Bezirksvertreter Bozkurt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer lässt nun über die so geänderte Vorlage (Variante 2) abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. *Der Rat beschließt die Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Köln (Stand Dezember 2021) gem. Anlage 1 mit der Maßgabe:*

-dass die Flächen 3-306-001B, 3-308-002, 7-713-007, 7-713-008B, 7-713-009, 8-807-004, 8-807-005, 8-809-010 als Siedlungsflächen (ASB/GIB) abgelehnt werden. Es ist eine Stellungnahme abzugeben, die im Regionalplanelntwurf enthaltenen Flächen wieder herauszunehmen

-dass zu den Flächen 8-807-086, 8-807-087, 8-808-006 keine Stellungnahme abgegeben werden, die bisher im Entwurf nicht enthaltenen Flächen in den Regionalplan aufzunehmen.

-dass bezogen auf die Fläche KGV003, die Stellungnahme um die Voraussetzung einer Umwelt- und Verkehrsprüfung zu ergänzen ist.

Die Stellungnahme ist entsprechend zu ändern.

2. *Der Rat nimmt die Resultate der Umweltprüfung als Abwägungsbelang über eine Ausweisung von Siedlungsflächen (ASB und GIB) zur Kenntnis (Anlage 2) und*
3. *beauftragt die Verwaltung, die Stellungnahme gem. Ziff. 1 der Regionalplanungsbehörde zu übermitteln und das Verfahren der Überarbeitung des Regionalplans zur Wahrnehmung der Interessen der Stadt Köln weiterhin eng zu begleiten.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Enthaltung der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

Bezirksvertreter Bozkurt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

**8.2.3 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Köln im Programmgebiet „Ostheim und Neubrück“
hier: Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im Soziale- Stadt-Gebiet „Ostheim und Neubrück
1520/2022**

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Kalk beschließt die Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds mit einem Gesamtvolumen von 66.666,00 € als Teilmaßnahme der Maßnahme „Büro für Quartiersmanagement und Aktivierung“. Grundlage ist das Leitkonzept „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) und das darauf basierende Integrierte Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ (Ratsbeschluss vom 06.05.2021, Vorlage-Nr. 3704/2020).
2. Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Teilmaßnahme zur Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds für das Soziale-Stadt-Gebiet „Ostheim und Neubrück“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**8.2.4 Projektanträge im Rahmen des siebten Antragsdurchlaufs des Verfügungsfonds für das So-ziale-Stadt-Gebiet „Humboldt/Gremberg und Kalk
1506/2022**

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt

- dem Antrag des Kinderschutzbundes Köln - Sozialraumkoordination Humboldt-Gremberg auf Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds für das Soziale-Stadt-Gebiet „Humboldt/Gremberg und Kalk“ für das Projekt „Ein Bücherschrank für Humboldt-Gremberg“ in der beantragten Höhe von 4.346,00 € brutto,
- dem Antrag des Kinderschutzbundes Köln - Sozialraumkoordination Humboldt-Gremberg auf Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds für das Soziale Stadt-Gebiet „Humboldt/Gremberg und Kalk“ für das Projekt „Eröffnung der neuen Anlauf- und Beratungsstelle Raum³⁴“ in der beantragten Höhe von 1.160,00 € brutto,
- dem Antrag des VISION e. V. – Verein für innovative Drogenselbsthilfe auf Zu-

am 19.05.2022

wendungen aus dem Verfügungsfonds für das Soziale-Stadt-Gebiet „Humboldt/Gremberg und Kalk“ für das Projekt „Kunst und Beschäftigungsprojekt“ in der beantragten Höhe von 1.125,00 € brutto,

- dem Antrag der Abenteuerhallen Kalk x tunstadtmachen auf Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds für das Soziale-Stadt-Gebiet „Humboldt/Gremberg und Kalk“ für das Projekt „kg kalkgarten Vertiefung“ in der beantragten Höhe von 4.900,00 € brutto,
- dem Antrag des Baustelle Kalk e. V. auf Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds für das Soziale-Stadt-Gebiet „Humboldt/Gremberg und Kalk“ für das Projekt „Kann das noch wer brauchen?“ in der beantragten Höhe von 5.365,00 € brutto,

statt zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2.5 TU-/GU-Schulbaumaßnahme: Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule Adalbertstraße durch Totalunternehmen - Planungs-, Bau- und Mittelfreigabebeschluss 2399/2020

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, in einem nationalen Verfahren für den Standort der Katharina-Henoth-Gesamtschule in der Adalbertstraße die **Planung und Errichtung** einer Aula **durch ein Totalunternehmen** ausschreiben zu lassen.

2. Der Rat erkennt den oberen Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahme in Höhe von rund 3,67 Millionen Euro an und beschließt die Einrichtungskosten in Höhe von rund 203.600 Euro (investiver Anteil 150.000 Euro, konsumtiver Anteil 53.600 Euro).

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand, nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Flächenverrechnungspreises.

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 53.600 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten von voraussichtlich rund 150.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehenen Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4014-0301-8-4607 - Gesamtschule Adalbertstraße-Einrichtung Bühnentechnik.

3. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2022 eine Mittelfreigabe in Höhe von 150.000 Euro im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben für die Einrichtung der Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Adalbertstraße 17, Köln – Höhenberg, Finanzstelle 4014-0301-8-4607 - Gesamtschule Adalbertstraße-Einrichtung Bühnentechnik.

Der Beschluss erfolgt generell vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

4. Der Rat genehmigt zudem einen Risikozuschlag von 25 % auf den oberen Kostenorientierungswert.

5. Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ausschließlich nicht delegierbare Bauherrenaufgaben und Leistungen der Projektleitung erbringt. Alle weiteren zur Erreichung des Projektzieles notwendigen Leistungen wird die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln an freiberuflich Tätige vergeben.

6. Eine erneute Gremienvorlage ist nicht erforderlich, solange der genannte obere Kostenorientierungswert um nicht mehr als 25 % überschritten wird. Durch den Planungs- und Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die aufgrund öffentlich-rechtlicher Bestimmungen (zum Beispiel im Bereich des Naturschutzrechts, et cetera) erforderliche Gremienbeteiligung bleibt von diesem Beschluss unberührt.

7. Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Köln im zweiten Quartal 2022 nach voraussichtlichem Abschluss des nationalen Ausschreibungsverfahrens zu der Schulbaumaßnahme über den Stand der Ausschreibungen berichten.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung des Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) mehrheitlich **zugestimmt**.

8.2.6 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2022 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen 1098/2022

Die Bezirksvertretung Kalk empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an verschiedenen Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

Bei Ablehnung des Bezirksvertreter Fischer (Fraktion DIE LINKE.) und Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Bezirksvertreterin Dickas (Die PARTEI) mehrheitlich **zugestimmt**.